

Amtsgericht Detmold

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 25.03.2026, 08:15 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 12 (Nebengebäude), Gerichtsstraße 6, 32756
Detmold**

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Lage, Blatt 13001, BV Ifd. Nr. 1

32,95/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Waddenhausen, Flur 4, Flurstück 290, Gebäude- und Freifläche,

Campendonkweg 2, 2a, Größe: 1.047 m²

verbunden mit dem Sondereigentum an sämtlichen im Haus II (Anbau) befindlichen Räumen, im Aufteilungsplan mit Nr. II/II bezeichnet. Das Miteigentum ist beschränkt durch Einräumung des zu dem anderen Miteigentumsanteil gehörenden Sondereigentumsrechts.

Hinsichtlich der Gartenflächen sind Sondernutzungsregelungen getroffen. Hier besteht ein Sondernutzungsrecht an der grün umrandeten Gartenfläche.

versteigert werden.

Laut Gutachten: Eigentumswohnung als Anbau/Doppelhaushälfte, ca. 100 qm Wohnfläche, Keller mit Garage, Gartenanteil.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 17.07.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

250.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.